



## Fragestellungen, Themen & Thesen für mehr Demokratie in Wien Ergebnisse der Enquete Partizipation & Teilhabe

Die folgenden Fragestellungen, Themen & Thesen fassen die Diskussion der Enquete zusammen und verstehen sich als Grundlage für die weitere Bearbeitung durch das [forum wien.welt.offen](http://forum.wien.welt.offen).

### 1 Wie die Teilhabe von Wahlberechtigten am politischen Leben stärken?

- **Von ad hoc-Mobilisierung zur regelmäßigen Beteiligung**

Die Erfahrung lehrt, dass auch bei einem geringen allgemeinen Interesse an Politik eine hohe und rasche Mobilisierung zustande kommt, wenn es um konkrete Anliegen im unmittelbaren Lebensumfeld geht. Darin liegt die große Chance, eine politisch ansonsten wenig engagierte Bevölkerung – insbesondere Jugendliche – bei konkreten Themen abzuholen, sie zur Teilhabe zu motivieren und in weiterer Folge eine regelmäßige Beteiligung (an Wahlen etc.) anzuregen.

→ *Fragestellung für die weitere Bearbeitung: Welche Plattformen sind nötig, um dieses Potenzial für eine stärkere demokratische Beteiligung aus ad hoc-Mobilisierungen heraus zu bündeln und freizusetzen?*

- **Anstoß durch Politische Bildung**

Politische Bildung kann eine wesentliche Rolle bei der Vermittlung von Möglichkeiten der Teilhabe, von Rechten und Pflichten in einer demokratisch-pluralistisch verfassten Gesellschaft spielen. Insbesondere kann sie eine schnellere Ablösung vom „mitgebrachten“ politischen Erfahrungshintergrund anregen. Dieser kann von Misstrauen gegenüber dem Staat, der als autoritär oder korrupt erfahren wurde, ebenso geprägt sein wie von einer gewohnheitsmäßig geringen Wahlbeteiligung auf lokaler Ebene. Wichtig ist hier die Differenzierung nach Zielgruppen und eine Vorgangsweise, die direkt in den Lebenswelten der MigrantInnen ansetzt.

→ *Fragestellung für die weitere Bearbeitung: Welche Initiativen können gesetzt werden; welche bewährten Projekte könnten auch in Wien umgesetzt werden (z.B. StudentInnen widmen sich politischer Bildungsarbeit in Schulen)?*

- **Formal-rechtliche Teilhabe ausweiten**

Formal-rechtliche Teilhabemöglichkeiten sind und bleiben zentral. Die diskutierten weichen, partizipativen Teilhabemöglichkeiten (s.u. Pkte. 2 und 3) können Defizite in dieser Hinsicht nur sehr bedingt ausgleichen. Wo rechtliche Gleichstellung (etwa in Form des kommunalen AusländerInnenwahlrechts) eingeräumt wird, ändert sich unweigerlich der politische Diskurs und die Art, in der Parteien auf ZuwanderInnen als potenzielle



WählerInnen zugehen. Der Weg zu mehr formal-rechtlicher Teilhabe kann auch schrittweise gegangen werden – die Perspektive sollte jedoch außer Streit stehen.

→ *Fragestellung für die weitere Bearbeitung: Wie kann der weitgehende ExpertInnenkonsens zur Ausweitung der politischen Teilhaberechte in politische Initiative umgemünzt werden?*

## 2 Wie die Teilhabe von nicht Wahlberechtigten am politischen Leben stärken?

- **Beteiligung an regulärer Stadtpolitik**

Mit dem Internationalen Ausschuss des Gemeinderats und dessen „Sachkundigen Mitgliedern“ hat Stuttgart ein erfolgreiches Modell für die politische Einbindung der ansässigen Drittstaatsangehörigen, die kein kommunales Wahlrecht genießen, geschaffen. Dieses knüpft an inhaltlichen Sachfragen an und vermeidet dabei eine „Ethnisierung“ der Vertretungsstrukturen nach Herkunftsgruppen (siehe im Detail Thesenpapier G. Pavkovic).

→ *Fragestellung für die weitere Bearbeitung: Welche Elemente dieses Modells können vorbildhaft für Wien sein?*

- **Einbindung von Verbänden**

Die Verbandsstrukturen von MigrantInnen differenzieren sich immer mehr: Traditionelle Kulturvereine der ersten Gastarbeitergeneration stehen heute neben Unternehmensverbänden von jungen GründerInnen und religiös-kulturellen Organisationen, die jung und alt umfassen. Als Ansprechpartner für Politik und Verwaltung sowie als Multiplikatoren können dabei alle Verbände eine wertvolle Rolle spielen. Einbürgerung und Zunahme einer zweiten und dritten Generation bedeuten aber auch, dass migrantische Verbände immer nur Teilgruppen repräsentieren und allgemeine Vertretungsansprüche zu hinterfragen sind.

→ *Fragestellung für die weitere Bearbeitung: Welche Form der Interaktion mit Verbänden ist vor diesem Hintergrund angemessen, um ihre spezifische Multiplikatorenrolle und ihr Potenzial als Ansprechpartner zu nutzen?*

## 3 Wie die Teilhabe am Lebensumfeld stärken?

- **Partizipation durch diversitätsorientierte Gestaltung im Lebensumfeld**

Auch und gerade wenn der rechtliche Rahmen für Teilhabe sehr eng ist, bieten partizipative Beteiligungsformen einen wichtigen Ansatzpunkt für die Einbindung von Zugewanderten in das Gemeinwesen. Die direkte, persönliche Ansprache ist ein zentraler Erfolgsfaktor, damit ein derartiges Empowerment in den verschiedensten Lebensbereichen gelingt (wie z.B. niederschwellige Elternwerkstätten, die zugewanderte Eltern für schulisches Engagement aktivieren; oder Stadtteilmütter, die



Bildungsbeteiligung anregen).

→ *Fragestellung für die weitere Bearbeitung:* Wie können neue Freiräume für Partizipation durch diversitätsorientierte Gestaltung im Lebensumfeld von MigrantInnen entstehen?

- **Von der Initiative zur Umsetzung in der Fläche**

Empowerment und Aktivierung sind eine Querschnittsagenda, die umso nachhaltiger vorangetrieben werden kann, je breiter sie verankert ist und umso mehr Akteure Verantwortung übernehmen. Einer aktiven Anstoß- und Motorenfunktion gegenüber den verschiedensten Sektoren (Schule, Universitäten, Wirtschaftsförderung, Unternehmensverbände,..) kommt dabei eine hohe Bedeutung zu.

→ *Fragestellung für die weitere Bearbeitung:* Welche (private, öffentliche, öffentlich-private) Partnerschaften und Formen von Leadership sind nötig, damit Initiativen entstehen, Akteure zusammenfinden und pilothafte Projekte zur „Flächenanwendung“ gelangen?

- **Ownership im Grätzel anregen, materielle Anreize als Hebel einsetzen**

Gemeinschaftliches „ownership“ – d.h. ein Gefühl der Teilhabe am Gemeinwesen, die Artikulation von Interessen und die Übernahme von Verantwortung – kann durch einen gebietsbasierten und sozialorientierten Ansatz erfolgreich stimuliert werden (siehe im Detail Thesenpapier Uwe-Jens Walther). Ein Quartiersmanagement, das bei der oft starken Identifikation mit dem Grätzel ansetzt, ist somit eine wichtige Ergänzung zu strukturellen Integrationsstrategien, die auf sozio-ökonomische und Bildungsteilhabe abzielen. Mit gut dotierten Quartierfonds (0,5 mio. € pro Grätzel) und Quartiersräten hat das deutsche „Programm Soziale Stadt“ große Erfolge erzielt – nichts aktiviert und regt die Übernahme von Verantwortung so stark an wie materielle Ressourcen, über die selbstbestimmt auf kleinräumiger Ebene verfügt werden kann.

→ *Fragestellung für die weitere Bearbeitung:* Welche Elemente dieses Modells können die in Wien verfolgten stadtteilorientierten Strategien ergänzen?